

40/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Generalsekretär Peter Hintze:

Arbeitsschwerpunkt 1993: Das Grundsatzprogramm

Auf einer Pressekonferenz am 15. Dezember im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Peter Hintze die Ergebnisse der Beratungen im Parteipräsidium vom Vortag bekanntgegeben und über die Arbeitsplanung für das Jahr 1993 berichtet:

1. Das Präsidium der CDU hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 1992 die konsequente Absage an Extremismus und Gewalt erneut bekräftigt. Mit besonderer Schärfe wurden antisemitische Äußerungen und Aktionen verurteilt. Walter Wallmann wurde zum Beauftragten der CDU Deutschlands für das Gespräch mit jüdischen Organisationen im In- und Ausland berufen. Walter Wallmann verfügt — nicht zuletzt aus seiner Amtszeit als Oberbürgermeister von Frankfurt — über hervorragende Kontakte in diesem Bereich und hat sich bereits in der Vergangenheit als geschätzter Gesprächspartner erwiesen.

2. Das Präsidium der CDU begrüßte die Ergebnisse des EG-Gipfels von Edinburgh. Am Ende eines für Europa politisch schwierigen Jahres ist jetzt der Weg frei geworden zur Europäischen Union. Den Vereinbarungen von Maastricht ist in Edinburgh zum endgültigen Durchbruch verholfen worden. Das Präsidium dankte dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, für sein Engagement, mit dem er wesentlich zum Erfolg des Gipfels beigetragen hat. (Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Extremismus

Wolfgang Schäuble: Wir sind entschlossen, Recht, Freiheit und inneren Frieden zu schützen. Seite 4

Extremistische Gewalttäter sind Kriminelle. Entschließung des Bundesfachausschusses Innenpolitik. Seite 7

● Konjunktur

Jürgen Rüttgers: Anzeichen für Wiederaufschwung. Seite 13

● Europa

Die europäische Union braucht eine „vorsorgende Sicherheitspolitik“. Seite 17

Der Erfolg von Edinburgh ist das Verdienst des Bundeskanzlers. Seite 21

● Veranstaltungen

Zwischenbilanz Herbstaktion und Modellaktion in Ludwigshafen. Seite 23—25

● Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Regierungserklärung zu Extremismus und zunehmender Gewaltbereitschaft. Grüner Teil

SPD muß ihre Verweigerung aufgeben

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Europäische Gemeinschaft hat in Edinburgh ihre Handlungsfähigkeit wiedererlangt. Für dieses Jahrzehnt ist der Fahrplan der Gemeinschaft jetzt klar. Die Finanzierung der Gemeinschaft ist gesichert.

Mit der Erweiterung der Zahl der deutschen Europa-Parlamentarier hat der Gipfel von Edinburgh die natürlichen Konsequenzen aus der Wiedervereinigung Deutschlands gezogen.

3. Das CDU-Präsidium hält an dem mit der SPD mühsam gefundenen Kompromiß zum Asylrecht fest. Es hat Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters, Erwin Teufel und Johannes Gerster ausdrücklich für ihren großen Einsatz gedankt und festgestellt, daß eine weitergehende Vereinbarung mit der SPD nicht zu erzielen war. Auf die konsequente und unbeirrte Umsetzung kommt es jetzt an.

Die sogenannten SPD-„Nachbesserungen“ könnten sich als Verzögerungstaktik erweisen. Die CDU wird diesen Weg nicht mitgehen. Die Kopplung der innerstaatlichen Gesetzgebung an Verträge mit ausländischen Staaten würden eine Lähmung der Handlungsfähigkeit Deutschlands nach innen und nach außen bedeuten. Das kommt mit uns nicht in Frage.

Wir brauchen jetzt sehr schnell die Grundgesetzänderung und die notwendigen Ausführungsgesetze. Die Bundesländer sind jetzt gefordert, die Voraussetzungen für eine rasche Abschiebung aller abgelehnten und unberechtigten Asylbewerber zu schaffen.

4. Das Präsidium hat sich ausführlich mit der Lage in Somalia befaßt. Die friedensschaffende Militäraktion zum Schutz der Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung wurde einhellig begrüßt. Zugleich wurde

festgestellt, daß es kaum noch erträglich und verantwortbar sei, wenn Deutschland immer noch nicht in der Lage sei, sich an derartigen Aktionen in vollem Umfang zu beteiligen. Begrüßt wurde die Absicht des Verteidigungsministers, die humanitäre Hilfe zu verstärken.

Gerade das Beispiel Somalia zeige aber, daß humanitäre Hilfe ohne den Einsatz friedensschaffender militärischer Maßnahmen unwirksam bleibt. Das Präsidium bekräftigte die Auffassung der CDU, daß Deutschland bereit sein muß, sich nicht nur an friedenserhaltenden, sondern auch an friedensschaffenden Maßnahmen im Rahmen der WEU oder der UN zu beteiligen. Dem steht aus Sicht der CDU kein verfassungsrechtliches Argument entgegen. Ein Einsatz der Bundeswehr muß aber getragen sein vom politischen Konsens der demokratischen Parteien.

Ich fordere deshalb die SPD auf, ihre bisherige Position der Verantwortungsverweigerung aufzugeben, damit Deutschland seine internationalen Aufgaben in vollem Umfang erfüllen kann und die Menschen in Somalia von uns nicht im Stich gelassen werden.

Grundsatzprogramm-Diskussion

Zentraler Arbeitsschwerpunkt im Jahr 1993 wird die Diskussion des neuen Grundsatzprogramms sein. Diese Diskussion wird in zwei Phasen geführt:

● In der ersten Phase von Januar bis September wird die CDU auf allen Ebenen eine breite innergesellschaftliche Diskussion über ihre politischen Ziele führen. Alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen und Institutionen werden in diesen Dialog einbezogen; wir werden dazu auch alle Möglichkeiten der modernen Kommunikation nutzen. Es geht darum, den gesellschaftlichen Konsens über die

wesentlichen Gestaltungsprinzipien deutscher Politik angesichts tiefgreifender Veränderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt zu finden.

● In einer zweiten innerparteilichen Diskussion von November 1993 bis Januar 1994 werden die Gliederungen der CDU die Feinabstimmung des Grundsatzprogramms vornehmen. Die endgültige Beschlußfassung erfolgt dann im Februar 1994 auf dem Hamburger Parteitag.

Das neue Grundsatzprogramm ist kein Programm der neuen Grundsätze. Es geht vielmehr darum, unsere grundlegenden Wertüberzeugungen auf die veränderten Bedingungen unserer Zeit hin auszulegen. Das neue Grundsatzprogramm stellt sich deshalb ganz bewußt in die Traditionslinie christlich-demokratischer Politik seit der Gründung der CDU.

Bildungspolitik

Der zweite thematische Schwerpunkt des Jahres 1993 wird die Bildungspolitik sein. Die neuen Bundesländer stehen im Begriff, ihr Bildungswesen völlig neu zu ordnen. Wir wollen diese Chance für Reformen in ganz Deutschland nutzen, denn auch in den alten Ländern gibt es einen angestauten Reformbedarf. Das Mißverhältnis zwischen Studenten und Lehrlingen, die Klagen über den unzureichenden Ausbildungsstand von Absolventen und die im internationalen Vergleich zu langen Ausbildungszeiten sind nur einige Indikatoren dafür, daß die bisherige Politik für Schule, Hochschule und Berufsausbildung grundlegend überprüft werden muß.

Gut ausgebildete und leistungsfähige Facharbeiter und Hochschulabsolventen sind die wichtigste Ressource unseres an Bodenschätzen armen Landes. Wir werden den Wirtschaftsstandort Deutschland deshalb nur sichern können, wenn wir den Bildungsstandort Deutschland auf modernstem Niveau halten.

Die CDU wird Anfang März 1993 einen bildungspolitischen Kongreß in Wiesbaden durchführen und im Anschluß daran den Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorlegen, der auf dem Berliner Parteitag im September 1993 diskutiert und beschlossen wird.

Der Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms enthält zukunftsweisende Vorschläge:

- Die allgemeine Hochschulreife soll nach acht Jahren erworben werden können.
- Die Qualität des Gymnasial-Abschlusses soll durch bundesweites Zentralabitur gesichert werden, das einen gerechten Leistungsvergleich zwischen Schulformen und Bundesländern ermöglicht.
- Die Qualität der beruflichen Bildung im dualen System muß verbessert werden und als eigenständiger Ausbildungsweg bis hin zur Fachhochschule konzipiert werden. Die CDU fordert den zweiten Berufsschultag.
- Hochschulen sollen durch fachorientierte Zugangsregelungen an der Auswahl ihrer Studenten beteiligt werden.
- Qualifizierte Absolventen der beruflichen Bildung sollen Zugang zur Hochschule erhalten.
- Berufsakademien sollen duale Ausbildungsformen im tertiären Bereich anbieten.
- Durch eine stärkere Stufung des Studiums und durch eine Neuordnung des Prüfungswesens soll eine Verkürzung der Studienzeiten erreicht werden.

Termine

4./5. März 1993: Bildungspolitischer Kongreß (Wiesbaden)

18. Juni 1993: Bundesausschuß (Bonn)

12. — 14. Sept. 1993: Parteitag (Berlin)

Wolfgang Schäuble:

Entschlossen, Recht, Freiheit und inneren Frieden zu schützen

Uns allen steht das Bild des Hauses mit den geschwärzten Fensterhöhlen vor Augen, in dem drei Menschen elend verbrannten, als sie nichts ahnend in ihren Betten lagen. Sie wurden ermordet, nur weil sie aus der Türkei kamen, von der Schwarzmeerküste, wo Tausende von Deutschen ihren Urlaub verbracht hatten: eine 51jährige Frau, die seit ihrem 30. Lebensjahr bei uns in Deutschland lebte, ihre 10jährige Enkelin und ihre 14jährige Nichte, die für ein paar Wochen zu Besuch war.

Die Mitschüler der kleinen Yeliz Arslan standen fassungslos vor ihrem Haus, Kerzen in den Händen. Entsetzen, Trauer, Wut bewegte die Bürger von Mölln, bewegt uns alle. Aber Trauer, Abscheu, Wut macht die Toten nicht lebendig. Mölln ist kein Einzelfall, liegt auch nicht in Ostdeutschland.

Die Spur der Gewalt zieht sich quer durch unser Land, eine entsetzliche Folge von Haß und Gewaltbereitschaft, Brandanschlägen, Terror und Mord. 17 Menschenleben sind der Gewalt bereits zum Opfer gefallen, und die Täter sind meist Jugendliche unter 21 Jahren.

Deswegen sind wir für die Regierungserklärung dankbar, die der Bundeskanzler abgegeben hat, und dafür, daß wir gemeinsam zum Ausdruck bringen und entschlossen sind, dieses entsetzliche Treiben nicht weiter zuzulassen, gemeinsam zu handeln, gemeinsam den Rechtsstaat und das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.

Wir brauchen diese Entschlossenheit, wir brauchen die Unterstützung der Bürger und der politisch Verantwortlichen für die Polizei, und wir müssen auch gemeinsam darüber nachdenken, welches denn die Ursachen dieser Entwicklung sind.

Meine Überzeugung, wenn wir nach Ursachen fragen, ist, daß sich die Menschen, junge Menschen zumal, in dieser Zeit, in der sich soviel verändert, der Grundlagen unserer staatlichen und nationalen Gemeinschaft nicht mehr sicher sind und daß wir vielleicht mehr daran arbeiten müßten, die Grundlagen, die unsere freiheitliche Gemeinschaft tragen, deutlicher zu machen.

Ich denke nicht, daß wir die nationale Gemeinsamkeit, die nationale Identität

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Debatte zur Regierungserklärung „Extremismus und zunehmende Gewaltbereitschaft“ am 10. Dezember

ausgerechnet Rechtsextremisten überlassen sollten. Ein freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die die Menschen freiwillig zusammenführen und zusammenhalten, die er gar nicht selbst gewährleisten kann, für die man aber mehr tun kann, als es vielleicht in den zurückliegenden Jahrzehnten gelungen ist — in einer Zeit der Teilung, in einer Zeit, in der die Brüche in unserem nationalen Schicksal durch zwei Weltkriege und die Nazi-Barbarei so ungeheuer groß gewesen sind.

Vielleicht haben wir uns in der Nachkriegszeit zunächst zu sehr auf das Nächstliegende, den wirtschaftlichen Aufbau, konzentriert, was ja im Ergebnis nicht schlecht war, was aber vielleicht dazu geführt hat, daß wir uns zu sehr mit wirtschaftlichen und sozialen Besitzständen eingemauert haben und glauben, daß jede Veränderung im Grunde schon an die Grundlagen unserer Existenz rührt.

Und jetzt kommen auf die Deutschen wie auf die Europäer mehr Veränderungen zu. Der Bundeskanzler hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es ja nicht nur eine Entwicklung in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa ist.

Vielleicht gehört neben diesen Ursachen auch hinzu, daß wir den großen Umbruch in den 60er Jahren noch nicht hinreichend verarbeitet haben.

Wahrscheinlich ist vieles von den sozialen Strukturen noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg über die beiden Weltkriege, die Zeit von Weimar und das Dritte Reich bis in die 50er Jahre hinein tradiert worden, und der Umbruch kam in den 60er Jahren. Deswegen war der Einschnitt tief.

Vielleicht ist zwar der Abbau überlieferter Werte gelungen, aber der Aufbau neuer Werte, die an ihre Stelle treten sollten, noch nicht. Vielleicht haben wir zuviel an Autorität verloren, vielleicht brauchen junge Menschen Autorität, Leitbilder. Vielleicht brauchen wir doch mehr als nur Ausbildung, nämlich auch Erziehung.

Ich glaube nicht, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme die eigentliche Ursache dieser Entwicklung sind.

Ganz abgesehen davon: An Ausbildungsplätzen ist in Deutschland kein Mangel, weder in West noch in Ost.

Zum Glück ist die Ausbildungsplatzgarantie der deutschen Wirtschaft auch für die jungen Menschen in den neuen Bundesländern nicht nur abgegeben, sondern auch eingehalten worden.

Da kann die Ursache nicht liegen, sondern sie muß wohl mehr darin liegen, daß wir zu viele Entwicklungen zugelassen haben, in denen alle Tabus bewußt gebrochen worden sind. Jetzt haben wir damit zu tun, daß selbst das letzte Tabu, die Achtung des Nazi-Barbarismus, offenbar gebrochen wird. Wer alle Tabus verletzen darf, wird sich auch beim letzten nicht mehr aufhalten.

Der Bundeskanzler hat von der Gewalt an Schulen gesprochen. Ich kann nicht begreifen — ich befürchte, daß ich nicht der einzige in diesem Lande bin —, warum es nicht möglich ist, das an Schulen zu ändern. Wir wollen uns wirklich nicht gegenseitig Vorwürfe machen, weil es wichtig ist, daß wir gemeinsam das Menschenmögliche tun, um diese Entwicklungen zu Extremismus und Gewalt zu bekämpfen.

Wie will ein Rechtsstaat, der das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr durchsetzt, der dies nicht einmal an eigenen staatlichen Einrichtungen, in Schulen, durchsetzen kann, Kinder, junge Menschen zur Gewaltfreiheit erziehen?

Es ist schlimm, daß Menschen in Straßenbahnen, auf öffentlichen Straßen wegsehen, wenn Gewalt ausgeübt wird, daß sie den Opfern von Gewalt nicht beistehen, sondern möglichst wegsehen, weil man im Zweifel nur Ärger oder Schere-reien bekommt.

Müßte es nicht so sein, daß man Schutz vor Gewalt zuerst da, wo der Staat unmittelbar zuständig ist, in Schulen, wo Kin-

der Gewalt unmittelbar erfahren, verwirklichen bzw. lernen sollte? Vielleicht würden aus Kindern, die in der Schule erfahren, daß der Staat das Gewaltmonopol durchsetzt, Bürger werden, die mithelfen, daß auch außerhalb der Schule das Gewaltmonopol durchgesetzt werden kann.

Die gegenwärtige Entwicklung hat gewiß auch damit zu tun — wir können heute ja nur Fragen stellen und dann gemeinsam nachdenken, was weiter geschehen muß —, daß die sozialen Strukturen in unserem Lande, die Familien in ihrer Funktionskraft schwächer geworden sind. Wir haben in der vergangenen Woche in der Haushaltsdebatte darüber gesprochen, was es wohl bedeuten muß, daß der Anteil junger Menschen in unserem Lande immer geringer wird, daß wir gar nicht mehr so viele Kinder haben, wie man braucht, damit das Verhältnis von jung und alt einigermaßen stabil bleibt.

Verbirgt sich dahinter nicht ein Stück Zukunftsverweigerung. Kann ein Land Zukunft haben, wenn es nicht an seine Zukunft glaubt, wenn die Familien schwächer werden, wenn die örtlichen Strukturen schwächer werden, wenn Vereine, Kirchen in ihren Bindungswirkungen nachlassen. Vielleicht hat das mit dem zu tun, worüber wir heute klagen und was wir verändern wollen. Deswegen sollten wir wieder mehr Gemeinschaft stiften.

Vielleicht sollten wir versuchen, unseren Staat zu stärken. Vielleicht brauchen die Menschen doch das Gefühl, daß dieser Staat in der Lage ist, sie zu schützen, nach innen das Recht durchzusetzen und nach außen den Frieden zu bewahren.

Vielleicht müssen die Menschen wieder erfahren, daß wir diesen Staat brauchen,

in dem wir als Deutsche vereint sind, damit er uns, seine Bürger, nach außen und nach innen schützt. Sie müssen erfahren, daß es diesen Schutz nach außen und nach innen nicht zum Nulltarif und nicht zu Billigpreisen gibt, sondern daß dazu auch von den Bürgern mehr gefordert wird.

Vielleicht haben wir die jungen Menschen in den zurückliegenden Jahrzehnten zu wenig gefordert. Vielleicht wollen sie mehr gefordert werden. Vielleicht wollen sie gar nicht nur ihre Rechte gelehrt bekommen, sondern auch ihre Pflichten.

Wer den Menschen das Gefühl vermittelt, daß der Staat in der Lage ist, sie zu schützen, das friedlich-freiheitliche Zusammenleben zu schützen, der schafft die Grundlage für Toleranz und für gespanntes Miteinander von Deutschen mit vielen ausländischen Mitbürgern und mit vielen Nachbarn mitten in Europa. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam auf diesem Weg weiter vorangehen.

Wir haben die Chance bekommen — nicht aus eigenem Verdienst —, eine freiheitliche, stabile rechtsstaatliche Demokratie in einem in Frieden vereinten Deutschland mitten in Europa auf dem Weg zur Einheit Europas zu schaffen. Wir sollten vor den Herausforderungen, diesen Weg friedlich, gewaltfrei weiterzugehen, nicht verzagen.

Deswegen sollten wir die schlimmen Ereignisse der letzten Wochen zum Anlaß nehmen, uns unserer Grundlagen neu sicher zu werden und entschlossener zu handeln, als das bisher der Fall gewesen ist. Wir dienen damit der Freiheit und dem inneren Frieden. Unsere Bürger sollen wissen: Wir sind entschlossen, das Recht, die Freiheit und den inneren Frieden zu schützen.

Extremistische Gewalttäter sind Kriminelle

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU Deutschlands unter Vorsitz von Johannes Gerster hat folgende Entschliebung verabschiedet:

Der innere Frieden unseres Landes ist durch den Terror und die brutale Gewalt politisch motivierter Gewalttäter bedroht. Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen und Übergriffe sind Angriffe auf unsere Rechts- und Werteordnung. Dem Treiben extremistischer Gewalttäter muß eine eindeutige und entschiedene Antwort erteilt werden.

Wer Häuser in Brand setzt, um Menschen zu töten, wer Gewalt gegen ausländische Mitbürger anwendet und Fremdenhaß schürt, ist ein Krimineller und muß als solcher behandelt werden. Für solche Täter darf es kein Verständnis, keine Sympathie und keine Unterstützung geben. Sie müssen vielmehr unnachgiebig verfolgt und mit der vollen Härte bestraft werden. Aufgabe unserer wehrhaften Demokratie und ihrer Bürger ist es, den freiheitlichen Rechtsstaat zu schützen und die Freiheit und Menschenwürde auch unserer ausländischen Mitbürger gegen die Feinde des Rechtsstaates zu verteidigen.

Polizei und Justiz müssen konsequent und rasch handeln können. Nur durch die schnelle Ergreifung extremistischer Gewalttäter und ein zügiges Strafverfahren läßt sich eine durchgreifende, abschreckende Wirkung erreichen. Gleichzeitig müssen die Verfassungs-

schutzbehörden als Frühwarnsystem des demokratischen Rechtsstaates in der Lage sein, auch in den neuen Ländern frühzeitig Erkenntnisse über Aktionen extremistischer Gewalttäter und das Wirken ihrer Drahtzieher zu beschaffen.

Die unseren Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehenden Instrumente zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewalt müssen überprüft und — wo nötig — verbessert werden.

Die CDU sieht Handlungsbedarf auf folgenden Gebieten:

1. Verschärfung des Untersuchungshaftrechts (§§ 112, 112 a StPO) – Sicherungshaft

Gegen Straftäter, die der Begehung einer politisch motivierten Straftat mit Gewaltanwendung dringend verdächtig werden,

Entschliebung zur Bekämpfung des politischen Extremismus und politisch motivierter Gewalt

muß zukünftig bei Wiederholungsgefahr in weit größerem Maße als bisher durch den Haftrichter Untersuchungshaft angeordnet werden können. Bisher kann Untersuchungshaft gem. § 112 a Abs. 1 Nr. 2 StPO nur dann angeordnet werden, wenn der Beschuldigte dringend verdächtig ist, wiederholt und fortgesetzt schweren Landfriedensbruch und andere Straftaten mit Gewaltanwendung (gefährliche

oder schwere Körperverletzung, einfache und schwere Brandstiftung u. a.) begangen zu haben.

§ 112 a StPO muß daher in zweifacher Weise neugefaßt werden:

● Erweiterung des Straftatenkataloges zur Verhängung von Untersuchungshaft um den einfachen Landfriedensbruch (§ 125 StGB). Es ist zu prüfen, ob die Einbeziehung weiterer typischer Straftaten des politisch motivierten Gewaltspektrums erforderlich ist.

● Verhängung von Untersuchungshaft bereits nach einmaliger Tatbegehung und nicht erst bei wiederholter und fortgesetzter Tatbestandsverwirklichung. Es hat sich gezeigt, daß ein erheblicher Teil der politisch motivierten Straftäter Ersttäter sind, die bei der gegenwärtigen Rechtslage nach ihrer Festnahme und Vernehmung auf freien Fuß gesetzt werden. Bei diesem Täterkreis besteht aber häufig der feste Vorsatz und die erklärte Absicht, weiterhin politisch motivierte Straftaten — zum großen Teil mit Gewaltanwendung und ausländischer Zielsetzung — zu begehen.

2. Verschärfung des Strafmaßes bei Gewaltstraftaten

Sowohl im Bereich der allgemeinen wie auch der politisch motivierten Kriminalität hat der Anteil von Straftaten mit Gewaltanwendung seit längerem kontinuierlich, in diesem Jahr aber besonders dramatisch zugenommen. So war z. B. für das erste Halbjahr 1992 bei den Straftaten, bei denen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde (2.507 Fälle) gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Anstieg von 18,5 Prozent zu verzeichnen. Das Strafmaß bei Gewaltdelikten ist im Vergleich zu anderen Straftaten zu niedrig. Die Höchststrafen für schwere Körperverletzung, d. h. für Gewaltanwendung, die zu einem schwerwiegenden dauernden Körperschaden beim Opfer

führt, oder die Mißhandlung Schutzbedrohter, z. B. Kinder, beträgt fünf Jahre — nicht mehr als beim einfachen Diebstahl. Die Mindest- und Höchststrafen für das gesamte Spektrum der Gewaltdelikte, vom Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, dem Landfriedensbruch, bis hin zu Körperverletzung und Raub, müssen daher angehoben werden.

3. Neufassung des Landfriedensbruchsparagraphen (§ 125 StGB)

Bei den gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Zeit, z. B. Rostock, hat sich gezeigt, daß sich um die Molotow-Cocktail- und Steinwerfer eine schützende Mauer von Sympathisanten bildet, die es der Polizei größtenteils unmöglich machen, die Täter festzustellen und festzunehmen. Wer bei Demonstrationen Gewalttätigen Gelegenheit gibt, aus der schützenden Anonymität einer Menschenmenge heraus zu operieren, begeht selbst vorwerfbares Unrecht. Weder die Beihilferegulation des Strafgesetzbuches noch das Versammlungsrecht erfassen dieses Unrecht in ausreichendem Maße. Der Tatbestand des Landfriedensbruchs soll daher so ergänzt werden, daß sich auch derjenige strafbar macht, der sich im Falle von Gewalttätigkeiten und Bedrohungen aus einer Menschenmenge heraus nicht aus ihr entfernt oder sich ihr anschließt, obwohl die Polizei dazu aufgefordert hat, auseinanderzugehen.

4. Bundesweite Regelung des polizeilichen

Unterbindungsgewahrsams

Um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder die Fortsetzung einer Straftat, insbesondere im Rahmen gewalttätiger Ausschreitungen, zu unterbinden, muß die Polizei potentielle Gewalttäter vorbeugend in Gewahrsam nehmen können. Die bereits bestehenden, in der Praxis

bewährten landesgesetzlichen Regelungen, wie z. B. Art. 17 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes, sollten daher in die Polizeigesetze der übrigen Länder sowie des Bundes übernommen werden.

5. Verbesserung der Bund-Länder-Zusammenarbeit beim Einsatz geschlossener Polizeiverbände bei Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen

Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Maßnahmen für den kurzfristigen, flexiblen Einsatz der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder bei Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen müssen unverzüglich umgesetzt werden. Insbesondere für den Einsatz in den neuen Bundesländern, deren Bereitschaftspolizeien nach Personal- und Ausbildungsstand noch einige Jahre unter dem Soll liegen werden, müssen jederzeit abrufbar luftbewegliche Einsatzkräfte zur Verfügung stehen.

6. Ausbildung und Einsatz spezieller Polizeikräfte zur beweis-sicheren Festnahme von Gewalttätigern bei Demonstrationen

In mehreren Bundesländern bestehen bereits in geringem Umfang Beweis- und Festnahmeeinheiten der Schutzpolizei zum Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen. Diese polizeiliche Einsatzzkomponente muß mit dem Ziel ausgebaut werden, gewalttätige Straftäter gezielt festnehmen und die zur Verurteilung erforderlichen Beweise sichern zu können. Im Bereich der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte muß durch die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften und durch die Benennung speziell zuständiger Ermittlungsrichter sichergestellt werden, daß gegen Gewalttäter unmittelbar nach der Festnahme das Ermittlungsverfahren

eröffnet und über die Anordnung von Untersuchungshaft entschieden wird.

7. Verbot extremistischer Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung

Der Bundes- und die Länderinnenminister sollten prüfen, ob nicht in stärkerem Umfang als bisher von der Möglichkeit des Verbotes verfassungsfeindlicher Organisationen nach § 3 des Vereinsgesetzes Gebrauch gemacht werden sollte. Insbesondere bei einer Vielzahl von Organisationen des rechtsextremistischen Umfeldes liegen, da sie sich gegen die verfassungsgemäße Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, die Verbotsvoraussetzungen vor. Der Rechtsstaat sollte, wo möglich und zweckmäßig, gewalttätigen Verfassungsfeinden auch durch die Auflösung ihrer Organisationen ihre ideologische und logistische Basis nehmen.

8. Verstärkter Einsatz der Verfassungsschutzbehörden

Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik droht in eine neue Dimension hineinzuwachsen und dabei auf Dauer angelegte terroristische Strukturen zu entwickeln. Rechts- und linksextremistische Organisationen führen einen zunehmend brutalen Kleinkrieg und schauen sich so gegenseitig hoch. Um dieser Bedrohung unserer inneren Sicherheit frühzeitig begegnen zu können, bedarf es leistungsfähiger Verfassungsschutzbehörden. Der Personalbestand der Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern darf daher nicht weiter reduziert werden. Die CDU fordert insbesondere die von der SPD regierten Bundesländer auf, den überzogenen personellen Abbau bei den Landesämtern für Verfassungsschutz, der bereits zu deutlichen Einsatzdefiziten geführt hat, endlich zu stoppen. Der Aufbau der Verfassungsschutzbehörden

Rühes Aktion hat sich gelohnt

Zur Einigung auf den „Eurofighter 2000“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik Elmar Brok:

Der Einsatz von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe gegen die bisherige „Jäger 90“-Lösung hat sich gelohnt. Die Einigung der Vertragspartner Großbritannien, Deutschland, Spanien und Italien auf den „Eurofighter 2000“, der 29 Mrd. Dollar billiger sein wird als der mit 85 Mrd. Dollar ursprünglich geplante Jäger 90, ist ein hervorragender Erfolg.

Viel Geld gespart

Auf diese Weise entsteht ein Flugzeug, das den neuen sicherheitspolitischen Bedingungen entspricht, eine europäi-

sche Lösung möglich macht und zugleich dem Steuerzahler viel Geld erspart.

Verteidigungsminister Rühe hat mit seiner Aktion auch deutlich gemacht, daß die Politik sich von der Rüstungsindustrie nicht die Preise und Bedingungen diktieren läßt. Seine personalpolitischen Entscheidungen zielen ebenfalls in diese Richtung und stärken das Primat und die Unabhängigkeit der Politik.

Durch seine Bereitschaft, bei der Lösung dieser Frage nicht den bequemen, eingefahrenen Weg zu gehen, hat er es ermöglicht, das gesamte Beschaffungswesen auf einen ständigen Prüfstand zu stellen. Dafür ist Verteidigungsminister Rühe ausdrücklich zu danken.

den in den neuen Ländern muß mit allem Nachdruck vorangetrieben werden.

Das Land Brandenburg, das in hohem Maße von gewalttätigen, ausländerfeindlichen Ausschreitungen betroffen ist, muß seiner Verfassungsschutzbehörde unverzüglich die bisher fehlende Gesetzesgrundlage für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel schaffen.

Die CDU verurteilt

die Bestrebungen einiger Bundesländer, wie z. B. Niedersachsens, den Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet des politischen Extremismus zu beschneiden. Nach dem im Oktober d. J. verabschiedeten Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz dürfen verfas-

sungsfeindliche Organisationen, die sich nicht ausdrücklich zur Gewaltanwendung bekennen oder sich nicht „aktiv kämpferischer Weise“ gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigen, zukünftig nicht mehr beobachtet werden. Damit wird in Niedersachsen die nachrichtendienstliche Beobachtung z. B. von neo-nazistischen Organisationen nicht mehr möglich sein, die sich aus Tarnungsgründen nicht militant artikulieren, aber gleichwohl als Hintermänner ausländerfeindlicher Krawalle betätigen.

Damit unterschreitet Niedersachsen den bundesweit gültigen Mindeststandard für die Überwachung von Verfassungseingangsverstoßern, der aufgrund des Bundesverfassungsschutzgesetzes für alle Bundesländer rechtsverbindlich ist.

Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU verurteilt Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland:

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen die bisher schlimmsten Ausbrüche der Gewalt gegen ausländische Mitbürger bei uns erlebt. Die meisten von uns haben solche brutalen Angriffe gegen wehrlose Menschen in unserer Gesellschaft nicht mehr für möglich gehalten.

Wir sind betroffen vom Ausmaß an Gewalt und verurteilen dies auf das schärfste. Jede Gewaltanwendung ist eine Bedrohung der demokratischen Grundlagen unseres Staates. Wir alle sind gefordert, diesem abscheulichen Terror entschieden entgegenzutreten. Wir müssen durch persönliches Engagement deutlich machen, daß Fremdenfeindlichkeit, Rechts- und Linksextremismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir unterstützen, daß sich vielerorts Bürger zusammenfinden, um gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zu demonstrieren.

Christen in politischer Verantwortung müssen zusammenstehen und dem extremistischen Unwesen ein Ende

bereiten. Wir dürfen nicht weiter zulassen, daß extremistische Gruppierungen und Parteien unbegründete Sorgen und Ängste bei Menschen schüren, die durch die aktuellen politischen Entwicklungen verunsichert sind.

Uns erschreckt, in welchem Maße gerade junge Menschen ansprechbar sind für radikale Ziele. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir die Zustimmung zum demokratischen Staat in jeder Generation neu schaffen müssen. Demokratie will erfahren und begriffen sein. Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, wir alle profitieren von den Chancen und Möglichkeiten, die uns eine freiheitliche Gesellschaftsform eröffnet.

Diese Überzeugung müssen wir gerade jungen Menschen gegen eine weit verbreitete Politik- und Institutionenverdrossenheit vermitteln. Dazu muß sich Politik wieder stärker handlungsorientiert zeigen. Genauso müssen wir aber auch eine Kultur des Streites in unserer Gesellschaft wiedergewinnen. Schwierige Fragen unserer Gesellschaft bedürfen der Diskussion.

Verbinden muß uns alle der Wille, für die Demokratie gemeinsam einzustehen und sie aktiv zu gestalten.

Demokraten wehren sich. Der Begriff „Wehrhafte Demokratie“ ist in unserem Staat nicht neu, aber er hat seit dem 10. Dezember wieder schärfere Konturen bekommen. Die Demokraten wehren sich gemeinsam dagegen, daß der Rechtsstaat, die freiheitliche Gesellschaftsordnung und vor allem die Menschenrechte Schaden nehmen im Lande. Das war der Grundakkord einer sehr zum Nachdenken einladenden Bundestagsdebatte, die der Kanzler mit einer entschiedenen Regierungserklärung zum Extremismus eingeleitet hatte. **aus: Rheinische Post**

Illegale Beschäftigung unterbinden

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte anlässlich der konstituierenden Sitzung der Kleinen Arbeitsgruppe „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“:

Hauptzielrichtung der mit der konstituierenden Sitzung am 10. Dezember aufgenommenen Arbeit der Kleinen Arbeitsgruppe „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es:

- Fehlentwicklungen bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer entscheidend entgegenzusteuern und
- illegale Arbeitsverhältnisse zu unterbinden.

Aus diesem Grund begrüße ich, daß auf Initiative der Bundesregierung die Bundesanstalt für Arbeit mit einer bundesweiten Großrazzia die erschreckenden Dimensionen der illegalen Beschäftigung aufgedeckt hat. Im Baubereich festgestellte Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch haben ein überraschend hohes

Zukünftig kontinuierliche und verstärkte Kontrollen

Ausmaß angenommen. Die Kleine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert, zukünftig kontinuierliche und verstärkte Kontrollen durch die Bundesanstalt für Arbeit vorzunehmen. Der Druck auf die Schmarotzer in unserer Sozialen Marktwirtschaft muß entscheidend verstärkt werden. Nicht nur auf dem Gebiet der illegalen Beschäftigung besteht Handlungsbedarf. Die Mitglieder der Kleinen Arbeitsgruppe halten folgende Zielsetzung für vordringlich:

- Aktive Mißbrauchsbekämpfung, z. B.

bei den Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmern,

- nachhaltiges Zurückdrängen der illegalen Beschäftigung,
- Herstellung gleicher Wettbewerbschancen, insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben,
- effizientere Ausgestaltung der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie der Umschulung auch von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern.

Arbeitsgruppe will Lösungsvorschläge vorlegen

In möglichst kurzer Zeit wollen die Mitglieder der Kleinen Arbeitsgruppe der Gesamtfraktion Lösungsvorschläge für die vordringlichen Problembereiche vorlegen. Entsprechende Initiativen können letztendlich zu mehr Bewegung am Arbeitsmarkt führen und werden Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen nützen. Insgesamt kann die Rechtsstaatlichkeit nur gesichert werden, wenn wir der Illegalität auch am Arbeitsmarkt energisch entgegenreten.

Personalie

Als neuer Sprecher der CDU Deutschlands hat am 14. Dezember **Rolf Kiefer** seine Tätigkeit aufgenommen. Er löst die bisherige Sprecherin **Claudia Conrad** ab, die aus persönlichen Gründen ins Ausland geht. — Rolf Kiefer ist promovierter Historiker und war seit Oktober 1992 stellvertretender Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Davor arbeitete er zehn Jahre in verschiedenen Funktionen als Redakteur beim WDR-Fernsehen.

Jürgen Rüttgers:

Anzeichen für Wiederaufschwung

Steht Deutschland vor einer Rezession? Trotz mancher Unkenrufe ist das keineswegs ausgemacht. Ein klarer Blick und der Mut zu richtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen kann dies verhindern. Auch die Wirtschaft ist gefordert. Die Aussichten sind nicht schlecht:

● Die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sind seit dem Sommer um einen Prozentpunkt gesunken. Im langfristigen Bereich liegen sie jetzt bei 7,5 Prozent — niedriger als im langjährigen Durchschnitt und günstiger als in den meisten EG-Ländern.

● Wachstumsschwäche zeigt in erster Linie die verarbeitende Industrie und die Automobil-Produktion. Andere Wirtschaftszweige, wie das Handwerk und das Baugewerbe, gehen mit positiven Erwartungen ins neue Jahr. Das gilt insbesondere für das Baugewerbe in Ostdeutschland.

● In den USA gibt es Zeichen für einen beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung. Sollte er sich verfestigen, wird eine Belebung auch in Europa und in Deutschland eintreten.

● Die Aktienmärkte in New York und in London melden historische Höchstkurse. Das könnte darauf hindeuten, daß die sensiblen Börsianer auf einen Aufschwung setzen.

● Der Kurs des amerikanischen Dollars ist seit dem Sommer um 15 Prozent gestiegen; das ist günstig für die deutsche Exportwirtschaft.

Es gilt jetzt, die keimenden Pflänzchen des Wiederaufschwungs zu hegen und zu pflegen. Dazu brauchen wir zeitgemäße Entscheidungen bei Bund, Ländern und

Gemeinden, aber auch bei den Sozialpartnern. Bundesregierung und Koalition haben bereits einen wichtigen Schritt getan, indem sie — wie angekündigt — die Ausgaben im Bundeshaushalt 1993 nur um 2,5 Prozent gesteigert haben. Die konjunkturbedingten Steuerausfälle wurden durch spürbare Sparmaßnahmen und eine maßvolle Erhöhung der Nettoneuverschuldung ausgeglichen. Länder und Gemeinden müssen diesem Beispiel folgen, um das von uns angestrebte föderale Konsolidierungskonzept zu verwirklichen.

Umweltrecht entrümpeln

Ein weiterer Schritt zur Belebung unserer Wirtschaft sind Maßnahmen zur Privatisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung. Dazu gehört auch die Entrümpelung des Umweltrechts, die Erleichterung der Ausweisung von Wohnbauland und die Novellierung des Gentechnikgesetzes.

Gefordert sind auch die Tarifvertragsparteien. Alle anerkannten Wirtschaftsfachleute stimmen darin überein, daß eine maßvolle Lohnrunde zu den entscheidenden Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung zählt. Der Tarifabschluß in der Stahlindustrie und die Signale aus den Gewerkschaften sind ermutigend.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die unternehmerische Risikobereitschaft. Wer jetzt vor allem in den neuen Bundesländern investiert, wird zu den Gewinnern des Aufschwungs gehören. Das setzt Weitblick, Mut und Tatkraft voraus — Tugenden, die die deutschen Unternehmer von jeher ausgezeichnet haben. Sie sollten ihre großen Chancen jetzt entschlossen nutzen. ■

Tor nach Deutschland bleibt offen

Kein Zuwanderungsstopp für deutsche Aussiedler

Zum Asyl- und Zuwanderungskompromiß zwischen CDU/CSU, FDP und SPD erklärte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk:

Bei den jüngsten Verhandlungen über eine Neuregelung der Zuwanderung nach Deutschland haben sich die Regierungskoalition und die SPD darauf verständigt, daß das Tor für deutsche Aussiedler aus den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas offen bleibt und es keinen Zuwanderungsstopp geben wird. Damit sind Vorschläge wie

- Streichung des Artikel 116 Grundgesetz,
- Schlußtermine für Ausreiseanträge und für die Einreise in die Bundesrepublik,
- ein Generationenschnitt, der nur noch der ersten nach Kriegsende geborenen Generation den Aussiedlerstatus zuerkennt,

vom Tisch. Die Aussiedleraufnahme bleibt auch künftig auf dem Niveau der Zugangszahlen der Jahre 1991 und 1992 gesichert. Das bedeutet, daß auch in Zukunft jährlich rund 220 000 Aussiedler Aufnahme in Deutschland finden können. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber deutschen Aussiedlern bleibt berechenbar.

Für die Aufnahme der Aussiedler wird es künftig kein besonderes Zuwanderungsgesetz geben. Grundlage wird das im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz zusammengefaßte gesetzliche Instrumentarium wie z. B. das Bundesvertriebenengesetz bleiben.

Deutsche aus Rumänien und Polen, die

ebenfalls unter Spätfolgen von Vertreibung und Verfolgung zu leiden haben, müssen nachwirkende Beeinträchtigungen wie z. B. persönliche und berufliche Nachteile nicht nachweisen, sondern lediglich glaubhaft machen. Unverändert bleibt, daß fehlende deutsche Sprachkenntnisse für die Anerkennung der Spätaussiedlereigenschaft dann nicht ausschlaggebend sind, wenn die Benutzung der deutschen Sprache verboten oder mit erheblichen Nachteilen verbunden war.

Die Übereinkunft, daß Abkömmlinge von Spätaussiedlern künftig nicht mehr selbst den Aussiedlerstatus erwerben können, läßt auch für diese das Tor zur Bundesrepublik Deutschland offen. Sie erhalten wie ihre Eltern den Status als Deutsche. Eine Familienzerreißung wird es nicht geben.

Das Einvernehmen zwischen CDU/CSU, FDP und SPD und damit auch zwischen Bund und Ländern darüber, daß das Tor für die Aussiedler nach Deutschland offen bleibt, gibt der Aussiedlerpolitik der Bundesrepublik eine breite parlamentarische politische Grundlage. Das Schicksal der deutschen Aussiedler ist damit dem jahrelangen Parteienstreit entzogen, was auch für deren Akzeptanz in unserer Bevölkerung entscheidend ist. Dies gibt deutschen Aussiedlern größere politische und rechtliche Sicherheit.

Daraus kann und soll Vertrauen und Ermutigung für die Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa erwachsen, neue mögliche Chancen für ein Verbleiben in der angestammten Heimat beherzt und mit deutscher Hilfe zu nutzen und in der Ausreise nicht die einzige Alternative zu sehen.

Umweltsanierung unerlässlich für den Aufschwung Ost

„Der Aufschwung Ost kann nur gelingen, wenn auch der Sanierung der Umwelt entsprechende Beachtung geschenkt wird.“ Dies erklärten anlässlich einer Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU am 2. Dezember Bundesumweltminister Klaus Töpfer, die Umweltministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Petra Uhlmann, und der Staatsminister für Umwelt- und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen, Arnold Vaatz.

Durch die Umweltschutzsofortmaßnahmen nach der deutschen Vereinigung ist es zu einer spürbaren Verbesserung der Umweltsituation in den neuen Bundesländern gekommen. Konkrete Zahlen belegen diese Erfolge, auch wenn die Grenzwerte in den einzelnen Bereichen immer noch weit überschritten werden:

- Die Luftbelastung mit SO₂ und Staub hat sich in den letzten beiden Jahren um mehr als die Hälfte verringert.
- Die Schadstofffrachten in der Elbe sind um 40 Prozent zurückgegangen.
- Der Phosphateintrag aus den zehn Kläranlagen in Mecklenburg-Vorpommern in die Ostsee wurde um mehr als 90 Prozent oder rund 1 500 t pro Jahr gesenkt.
- Trotz dieser Erfolge bleiben gravierende Probleme, die vor allem in der Sanierung der Altlasten und im Aufbau einer funktionsfähigen Umweltinfrastruktur, wie z. B. Kläranlagen und Abfallentsorgungsanlagen, liegen.

Zugleich stellt aber auch der Umwelt-

schutz entscheidende Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Ohne die zügige Aufarbeitung der Umweltlasten der Vergangenheit kann es keine gesicherte wirtschaftliche Entwicklung in den jungen Bundesländern geben.

Umweltschutz ist ein wesentlicher Teil des Bemühens, vor allem den belasteten

Ein Schlüsselement der Umweltpolitik in den neuen Ländern ist die Sanierung der Altlasten: wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt.

Regionen ein neues, zukunftsorientiertes Image zu geben. „Die zuweilen geäußerte Meinung: Erst die Wirtschaft sanieren und dann die Umwelt, leugnet Wechselbeziehungen, die nicht auflösbar sind. Funktionsfähige Kläranlagen und moderne Abfallentsorgungsanlagen bilden unverzichtbare Bestandteile überlebensfähiger Industrie- und Dienstleistungsstandorte. Für die Unternehmen ist eine funktionierende Umweltschutzinfrastruktur heute ebenso standortentscheidend wie eine vernünftige Verkehrsanbindung“, betonte Bundesumweltminister Töpfer.

Folgende Maßnahmen sind besonders vordringlich:

- Für einen raschen Ausbau der Umweltinfrastruktur reichen öffentliche Mittel allein nicht aus. Angesichts der gewalti-

gen Investitionsvolumina für den Bau von Kläranlagen, der Kanalisation und Abfallentsorgungsanlagen ist der Einsatz privaten Kapitals unverzichtbar. Ebenso unverzichtbar bleibt aber auch weiterhin die staatliche Förderung, da ansonsten die durch die private Kreditaufnahme entstehenden Refinanzierungsmöglichkeiten die Trink- und Abwasserpreise in für die Bürger unbezahlbare Höhen schnellen lassen. Die Devise muß lauten:

Zeit kaufen – Geld sparen

Je schneller gebaut wird, desto niedriger sind die Baupreise und desto größer ist die Bereitschaft von Unternehmen, an einem Standort zu investieren. Bund, Länder und vor allem ostdeutsche Kommunen müssen daher den Einsatz privater Mittel im Infrastrukturausbau fördern und zugleich über staatliche Zuschüsse sozialverträgliche Preise gewährleisten.

● Umweltentlastende Techniken müssen gerade in den jungen Bundesländern schnellstmöglich genutzt werden. Oft sind bei Maßnahmen, die der Verbesserung des Umweltschutzes dienen, die Genehmigungsverfahren teilweise zu lang. Nicht der hohe Standard deutscher Umweltgesetzgebung wirkt auf Investitionen hemmend, sondern die Länge der Genehmigungsverfahren. Dies gilt auch für die alten Bundesländer. Der von der Bundesregierung erarbeitete Maßnahmenkatalog zur Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren muß daher unverzüglich umgesetzt werden.

● Ein Schlüsselement der Umweltpolitik in den neuen Bundesländern ist die Sanierung der Altlasten. Mit ihr werden wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt sowie für Investitionsentscheidungen gegeben. Hierfür hat die Regionalkonferenz für das Land Sachsen-Anhalt in

Leuna unter Anwesenheit des Bundeskanzlers beispielhafte Signale gesetzt. Neben dem schon im September gefaßten Entschluß, die Braunkohlesanierung in der Lausitz und im mitteldeutschen Kohlerevier mit insgesamt 15.000 Arbeitnehmern in Angriff zu nehmen, wurde zugesagt, daß weitere 10.000 Arbeitnehmer über mehrere Jahre hinweg durch eine überwiegende Bundesfinanzierung in der Umweltsanierung beschäftigt werden können.

„Durch die Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, die anfallenden Sanierungskosten bei Großprojekten im Verhältnis von 75 Prozent (Bund) zu 25 Prozent (Länder) zu teilen, und durch die Beschäftigung von fast 25.000 Arbeitnehmern in der Umweltsanierung ist ein ganz wichtiges Signal für die Menschen in den gesunden Regionen um Halle und Leipzig, aber auch in der Niederlausitz gesetzt worden“, erklärte Bundesumweltminister Töpfer.

Die richtigen Akzente setzen

Mit der Sanierung der Umwelt in den neuen Bundesländern beweist die Bundesregierung mit den CDU-geführten Landesregierungen, daß Umweltpolitik keine „Schön-Wetter-Politik“ ist. Gerade in Zeiten der Unsicherheit über den weiteren konjunkturellen Verlauf kann und muß sie richtige Akzente setzen, indem sie sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert und die Sanierung besonders belasteter Regionen entscheidend voranbringt. Personelle und finanzielle Mittel werden daher dort eingesetzt, wo sie besonders effektiv genutzt werden können. Hiermit tragen sie nicht nur zur Verbesserung des Umweltschutzes bei, sondern sie erhöhen zugleich die Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland.

Die Europäische Union braucht eine „vorsorgende Sicherheitspolitik“

Auf dem 9. Kongreß der Europäischen Volkspartei vom 11. bis 13. November 1992 in Athen wurde folgende Resolution zur Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union angenommen, die vom Vorsitzenden der Kommission „Sicherheit und Verteidigung“ der Europäischen Volkspartei (EVP), dem CDU-Europaabgeordneten Hans-Gert Pötering, begründet wurde:

Präambel

Der von den Außenministern am 7. Februar 1992 unterzeichnete Unionsvertrag, der die Europäische Gemeinschaft in eine Europäische Union umwandeln soll, sieht erstmals eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie langfristig die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik vor. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik soll sich an der Wahrung der gemeinsamen Werte, den grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union, der Erhaltung des internationalen Friedens und schließlich an der Stärkung der internationalen Sicherheit — entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie der KSZE-Charta von Paris — orientieren. Der Vertrag über die Europäische Union trägt dem veränderten Sicherheitsbegriff Rechnung. Neben den außen- und wirtschaftspolitischen Aspekten der Sicherheit können auch militärpolitische Aspekte berücksichtigt werden. Die Politik der Europäischen Union erstreckt sich prinzipiell auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Europäische Volkspartei (EVP)

spricht sich mit Nachdruck dafür aus, diese Prinzipien, da wo es rechtlich möglich ist, schon vor Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages zu verwirklichen:

1. Eine vorrangige Aufgabe einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheits-Politik der Europäischen Union ist eine „vorsorgende Sicherheitspolitik“ als Instrument für die politische und wirtschaftliche Entwicklung sowohl Mittel- und Osteuropas als auch der Staaten der Dritten Welt (Hilfe zur Selbsthilfe).

Rüstungskontrolle und Abrüstung, die in Europa weiter an Bedeutung zunehmen müssen, dürfen nicht dazu führen, daß der Rüstungsexport in Länder der Dritten Welt uneingeschränkt fortgesetzt wird.

Eine Kontrolle und Einschränkung des Rüstungsexports ist daher eine vorrangige Aufgabe einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Europa darf sich keine neuen Rüstungsmärkte in der Welt suchen, da dies weder politisch noch moralisch verantwortbar ist. In der Regel steht es im Widerspruch zur Entwicklung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Zusammen mit allen rüstungsproduzierenden Staaten muß die Europäische Gemeinschaft dazu beitragen, den Rüstungsexport drastisch zu reduzieren. Die Durchsetzung dieser Politik duldet keinen Aufschub. Ihre Verwirklichung sollte bereits vor der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages beginnen.

Die EVP kritisiert die Waffen- und Technologieexporte Rußlands und der anderen GUS-Republiken gegenüber China, dem Iran und anderen Staaten. Diese

Exporte machen deutlich, wie notwendig eine Zusammenarbeit Rußlands und der anderen Republiken mit der Europäischen Gemeinschaft ist, um die Konversion der Rüstungsindustrie in eine zivile Produktion voranzutreiben.

2. Die Westeuropäische Union (WEU) wird mit dem Vertrag von Maastricht integraler Bestandteil des Prozesses der Entwicklung der Europäischen Union sein und — nach der Erklärung der Mitgliedstaaten der WEU — einen großen Beitrag zur Solidarität innerhalb der Atlantischen Allianz leisten. Damit wird die WEU zur Verteidigungskomponente der Europäischen Union. Diese enge Verbindung ist von großer Bedeutung. Die WEU soll nicht mehr nur für Verteidigungspolitik und die EG nicht nur für bestimmte politische und wirtschaftliche Fragen zuständig sein.

Die EVP spricht sich mit Nachdruck dafür aus, daß die WEU spätestens 1998, wenn der WEU-Vertrag nach 50 Jahren kündbar ist, vollständig in der Europäischen Union aufgeht. Die Verwirklichung dieses Zieles muß bei der für 1996 vorgesehenen Regierungskonferenz erreicht werden.

Die EVP fordert, die von den WEU-Ministern auf dem Petersberg (19. Juni 1992) und in Maastricht beschlossene Reform der WEU unverzüglich und konsequent durchzusetzen. Hierzu gehört die Einrichtung eines WEU-Planungsstabes, der in Ergänzung zu den Bemühungen der Nordatlantischen Allianz und in enger Abstimmung mit dieser die militärische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Logistik, des Transports, der Ausbildung und der strategischen Aufklärung vorantreiben soll. Die Treffen der Generalstabschefs der WEU-Mitgliedstaaten müssen regelmäßig und bei Bedarf ad hoc durchgeführt werden. Die Rüstungs-

kooperation ist durch die Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur zu verstärken.

Die EVP spricht sich dafür aus, daß alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die noch nicht der WEU angehören, der WEU als Mitglied beitreten oder aber Beobachter werden. Europäische Mitgliedstaaten der NATO, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, sollten bald als „Assoziierte Mitglieder“ an den Tätigkeiten der WEU teilnehmen.

3. Die EVP unterstreicht die Wichtigkeit der Entscheidung, der WEU militärische Kontingente zuzuordnen. Die der WEU zugeschriebene operationelle Rolle, die in enger Kooperation mit dem Atlantischen Bündnis wahrgenommen werden sollte, muß verhindern, daß Aufgaben und Einrichtungen der NATO lediglich dupliziert werden. Eine europäische Eingreiftruppe, die außerhalb des NATO-Gebiets (out of area) zur Wiederherstellung von Recht, Demokratie und Sicherheit eingesetzt werden könnte, sollte deshalb mit einem „NATO-Hut“ und einem „WEU-Hut“ ausgestattet werden. Alle WEU-Staaten müssen hierzu einen wirksamen Beitrag leisten. Eine europäische Friedenstruppe für out-of-area-Einsätze sollte ihre Verantwortung im Rahmen von Aktionen der Vereinten Nationen, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der Nordatlantischen Allianz oder der Europäischen Union/WEU wahrnehmen.

Die Verwirklichung der Beschlüsse vom Petersberg im Hinblick auf folgende Verantwortungsbereiche:

- humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Aufgaben;
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewälti-

gung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens; sollte möglichst umgehend vorgenommen werden. Bei dieser Aktion ist eine enge Abstimmung mit der NATO unabdingbar. Eine Beschränkung auf die UNO ist nicht verantwortbar, da deren zukünftige Entwicklung nicht vorausgesagt werden kann.

4. Das in La Rochelle im Mai 1992 von Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl beschlossene deutsch-französische Korps kann, unter Beteiligung der anderen Mitgliedstaaten der WEU, zu einem wichtigen Element der militärischen Stärkung Europas und somit zu einem wichtigen operationellen Instrument der europäischen Verteidigung in Abstimmung mit der Atlantischen Allianz werden. Die EVP begrüßt in diesem Zusammenhang die Schaffung eines französisch-italienisch-spanischen Verbandes der Marineflieger, der zur Stärkung der europäischen Sicherheitsidentität im Süden Europas beitragen soll.

Dialog und Kooperation

5. Die Europäische Gemeinschaft/Europäische Union und WEU müssen einen Mechanismus für Dialog und Kooperation schaffen, insbesondere mit den Staaten Mitteleuropas, die schrittweise in die europäische Einigungspolitik einbezogen werden müssen. Wir müssen den Prozeß beschleunigen, um die Sicherheit der neuen Demokratien in Mitteleuropa zu stärken.

6. Die NATO hat 40 Jahre lang ihre friedenserhaltende Funktion in Europa erfüllt. Der von der NATO ins Leben gerufene Nordatlantische Kooperationsrat bietet ein geeignetes Forum für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit

den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Mit fortschreitender Integration muß Europa seine größer werdende Verantwortung in die Atlantische Allianz einbringen, so daß deren gegenwärtige multinationale Struktur in Richtung auf eine stärkere bilaterale Struktur („Zweifelder-Theorie“) weiterentwickelt wird. Eine Präsenz amerikanischer Truppen in Europa bleibt notwendig.

Die EVP hofft auf eine weitere Stärkung der französisch-britischen Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearwaffen, um damit auch auf diesem Gebiet eine Europäisierung der Verteidigungspolitik zu erreichen. Die EVP wünscht darüber hinaus eine weitere Annäherung Frankreichs an die NATO. Sie regt in diesem Zusammenhang an, daß demnächst das Problem der Erneuerung des Vertrags zur Nicht-Verbreitung von Nuklearwaffen geprüft wird, um die Weiterverbreitung besser unterbinden zu können, indem einerseits die Beitrittsmöglichkeiten erweitert werden und andererseits ein stärker ausgeprägtes Gleichgewicht zwischen den Verpflichtungen der Nuklearmächte und der Nicht-Nuklearmächte sowie Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden.

7. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat im Prozeß der Überwindung der Spaltung Europas eine positive Rolle gespielt; sie bietet nützliche, zusätzliche Elemente sicherheitspolitischer Kooperation. Anders als die geplante Europäische Union, die über eine föderale Entscheidungsstruktur verfügen wird, ist die KSZE ein Instrument intergouvernementaler Zusammenarbeit. Die KSZE kann daher in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht die auf gemeinsamer Entscheidung beruhende Aktion der Europäischen Union ersetzen, die als Anker und

ruhender Pol bei der gesamteuropäischen Entwicklung unabdingbar ist.

Deshalb drängt die EVP darauf, daß die Europäische Union geschaffen und ausgebaut wird zu einem leistungsfähigen Bundesstaat, gegründet auf die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten sowie auf die Prinzipien der Demokratie und der Subsidiarität; er muß fähig sein, allen rassistischen, ausländerfeindlichen und antisemitistischen Entwicklungen wirksam entgegenzutreten.

8. Mit der Ratifizierung und Realisierung des Vertrages von Maastricht ist der europäische Einigungsprozeß nicht abgeschlossen und die Europäische Union noch nicht vollendet. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darf sich längerfristig nicht auf intergouvernementale Zusammenarbeit beschränken, sondern muß zu einer wirklichen Gemeinschaftspolitik werden, über die mit Mehrheit zu entscheiden ist. Dabei sind dem Europäischen Parlament entscheidende Mitwirkungs- und Kontrollrechte einzuräumen.

Matthias Wissmann:

Positives Signal aus Edinburgh

Bundeskanzler Kohl hat durch seinen persönlichen Einsatz dem Gipfel in Edinburgh zum Erfolg verholfen.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich darauf verständigt, Europa aus seiner gegenwärtigen Stagnation und Verunsicherung herauszuführen und die Wachstumskräfte zu stärken. Die EG-Mitgliedstaaten haben sich auf eine breit angelegte Wachstumsinitiative geeinigt.

Dazu gehören insbesondere

- eine zurückhaltende Haushaltspolitik,
- Subventionsabbau sowie
- moderate Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst.

Mit diesem „ordnungspolitischen Grundkonsens“ wurde eine wichtige Grundlage zur Erfüllung der hohen Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages gelegt.

Bundesparteigericht neu konstituiert

Generalsekretär Peter Hintze hat am 9. Dezember 1992 in Bonn das auf dem 3. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf am 26. Oktober 1992 neugewählte Bundesparteigericht der CDU für dessen Amtszeit vom 7. November 1992 bis 6. November 1996 neu konstituiert.

Gemeinsam mit Dr. Dr. h. c. Heinrich Barth, dem Vorsitzenden des Bundesparteigerichts, dankte er — zugleich im Namen des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl — den

ausgeschiedenen Parteigerichtsmitgliedern Oberlandesgerichtspräsident a. D. Karlheinz Keller (Freiburg/Brsg.; 1981—1992), Oberkreisdirektor Dr. Walter Kiwit (Siegburg; 1972—1992) und Rechtsanwalt Manfred Walther, MdL (Potsdam/Berlin; 1990—1992) für ihre engagierte und erfolgreiche Mitarbeit.

Mit dem Dank für die umfangreiche, für den Rechtsfrieden in der Partei wichtige Arbeit in der Wahlperiode 1988—1992 verband Generalsekretär Peter Hintze seine guten Wünsche für die neue Wahlperiode 1992—1996.

Der Erfolg von Edinburgh ist das Verdienst des Bundeskanzlers

Die Ergebnisse des Gipfels von Edinburgh hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer, einen umfassenden Erfolg genannt. Nach übereinstimmender Meinung der Konferenzteilnehmer ist das Positiv-Ergebnis im wesentlichen durch Bundeskanzler Helmut Kohl herbeigeführt worden.

Der beschlossene Finanzrahmen der EG bis 1999 garantiert auf der europäischen Ebene das strikte Durchsetzen des Prinzips der Sparsamkeit. Die vorgesehenen Gesamtmittel werden nach heutiger Einschätzung ausreichen, die beschlossenen Aufgaben auch finanziell abwickeln zu können.

Entscheidend für Deutschland ist die Verankerung der neuen Bundesländer als „Ziel-1-Gebiete“. Damit ist eine Gleichstellung mit den strukturschwachen Gebieten in der EG garantiert. Durch die Hilfen der EG für Mittel- und Osteuropa werde mittelfristig der Bundesetat entlastet. Sälzer erinnert daran, daß die Europäische Gemeinschaft auch in der Vergangenheit das Prinzip der Sparsamkeit ernst genommen habe. Der EG-Haushalt könne nicht durch Kreditaufnahmen finanziert werden. Allein 1991 sind der Bundesrepublik Deutschland 2 Milliarden DM von der EG zurücküberwiesen worden, die nicht ausgegeben wurden.

Die Erhöhung der deutschen Mandatszahl im Europäischen Parlament um 18 zusätzliche Mitglieder sichert die vollwertige Vertretung der neuen Bundesländer im Europäischen Parlament nach der Europa-Wahl 1994.

Der Beschluß zu Dänemark erweise sich bei genauer Prüfung als eine reine Erklärung. Sälzer begrüßte die Aussage des

dänischen Ministerpräsidenten Schlüter, der für Dänemark die klare Alternative aufgezeichnet hat. Entweder stimmt die dänische Bevölkerung dem Vertrag von Maastricht in einem zweiten Referendum zu oder Dänemark muß aus der EG austreten. In diesem Zusammenhang warnt Sälzer vor typisch kleinkarierten Diskussionen, wie dies im einzelnen vollzogen werden kann. Da der politische Wille aller Beteiligten eindeutig sei, bedarf es lediglich entsprechender vertraglicher Vereinbarungen auf der EG-Ebene. Fest stehe, daß der Inhalt des Vertrages von Maastricht auf jeden Fall umgesetzt

Knoten durchschlagen. Das Ende der EG-Krise ist in Sicht. Die 12 Staats- und Regierungschefs haben bei ihrem Gipfeltreffen mehr erreicht, als selbst Optimisten zu hoffen wagten. Sie haben eine goldene Brücke gebaut, die den Dänen nach dem Nein zum Maastrichter Vertrag die Rückkehr in die Gemeinschaft ermöglicht, sie haben sich über die EG-Finzen der nächsten 7 Jahre geeinigt; sie haben das Signal zum Start der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und auch Norwegen gegeben.

aus: Tagesspiegel

werde. Offen sei nur, ob mit 12 oder mit 10 Mitgliedstaaten.

Der Gipfel von Edinburgh hat auch mit dem Subsidiaritätsprinzip die konkrete Arbeit begonnen und erste Vorschläge für die Zurücknahme von EG-Regelungen beschlossen. Damit werden alle diejenigen Lügen gestraft, die behauptet hatten, das Subsidiaritätsprinzip sei lediglich eine Leerformel ohne jede praktische Bedeutung für die Mitgliedstaaten. ■

Gleichberechtigungsartikel 3 ergänzen und konkretisieren

Für eine eindeutige Formulierung des Gleichstellungsauftrags an den Staat in Art. 3 Grundgesetz und eine Beseitigung der Unsicherheiten bei der Rechtsauslegung, die derzeit im Hinblick auf Frauenförderrichtlinien und Gleichstellungsgesetze bestehen, hat sich die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, ausgesprochen.

Die Frauen-Union setzt sich für die folgende Fassung ein:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Aufgabe des Staates ist es, Bedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen; Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Nachteile sind zulässig.“

Die Expertenanhörung der gemeinsamen Verfassungskommission wie auch Gespräche mit zahlreichen Frauenverbänden haben gezeigt, daß diese Fassung des Art. 3 GG bei den Experten unbestrit-

ten ist, die dringend erforderliche Klarheit schafft und von einer großen Zahl von Frauen über alle Parteigrenzen hinweg mitgetragen wird.

Der Bundesvorstand der Frauen-Union hat nach der Auswertung der Stellungnahmen der Sachverständigen die o.g. Formulierung noch einmal einstimmig bekräftigt und betont, daß Formulierungen, die lediglich umschreiben, was bereits jetzt in der Verfassung steht, ungeeignet und deshalb inakzeptabel sind.

Die Frauen-Union tritt für eine partei- und verbandsübergreifende Allianz der Frauen in der Bundesrepublik ein und appelliert an jede einzelne Frau, an die Mitglieder der gemeinsamen Verfassungskommission zu schreiben und sie aufzufordern, das gemeinsame Anliegen mit aller Kraft zu unterstützen.

Die CDU-Frauen appellieren auch an den Deutschen Frauenrat und an die Länderfrauenräte, diese Formulierung mitzutragen.

CDA Thüringen bildet Arbeitsgemeinschaft Berufstätiger Frauen

Auf seiner Sitzung am letzten November-Weekende in Weimar hat der Landesvorstand der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) in der CDU Thüringen eine Arbeitsgemeinschaft Berufstätiger Frauen (ABF) gebildet. Zur Vorsitzenden wurde die Geraer CDA-Kreisvorsitzende Heidi Kästner gewählt. Die ABF will sich insbesondere für eine bessere Absicherung und Chancen-

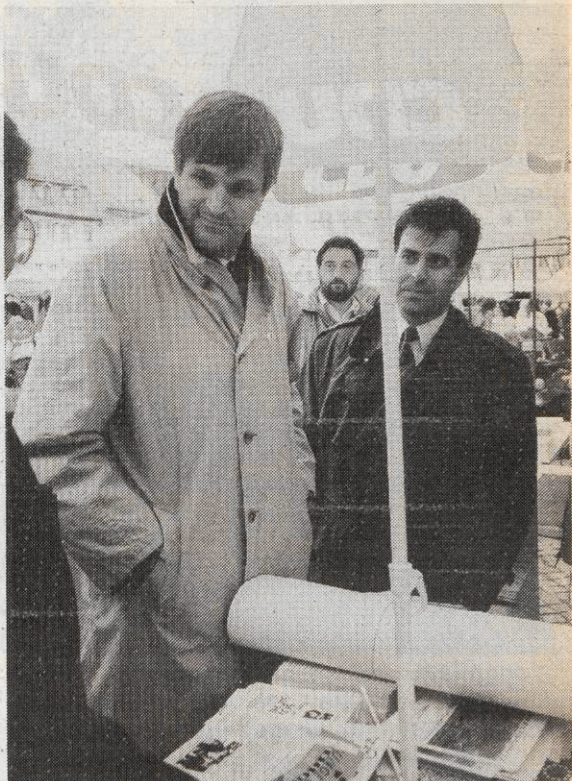
gleichheit für Frauen einsetzen. Außerdem strebt sie eine deutliche Anhebung des Erziehungs- und des Kindergeldes an. Einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit der ABF sieht Heidi Kästner im Einsatz für zusätzliche ABM-Stellen für Frauen in den jungen Bundesländern. Gerade im sozialen Bereich sei auch für die kommenden Jahre mit einem erhöhten Bedarf zu rechnen.

Zwischenbilanz Herbstaktion: Großes Echo

Die Herbstaktion hat in den neuen Landesverbänden ein großes Echo gefunden. Dies geht aus einer Zwischenbilanz hervor, die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den CDU-Landes- und Kreisverbänden erstellt wurde.

Fast alle Kreisverbände in den neuen Ländern haben sich mit großem Engagement beteiligt. Annähernd 800 Veranstaltungen mit unterschiedlichen Programmen wurden durchgeführt. Besonders positiv aufgenommen wurde die Beteiligung von Politikern aus Bund, Ländern und Gemeinden und die Tatsache, daß sich die CDU in der Öffentlichkeit darstellt. Ein stärkeres öffentliches Engagement der CDU wird von der Bevölkerung erwartet und wurde deshalb auch begrüßt.

Die Veranstaltungen waren insbesondere da erfolgreich, wo die Bürger mit ihren Problemen zu Wort kamen. Deshalb waren, ähnlich wie bei den vorgeschalteten Modellwochen im Sommer, kleinere Veranstaltungen, vor



Generalsekretär Peter Hintze am Canvassing-Stand auf dem Wochenmarkt in Weißenfels während der Aktionswoche

in den neuen und alten Ländern, ein Ziel der Herbstaktion, muß in Zukunft noch stärker betrieben werden.

Überraschend war das Presseecho. Die Pressekonferenz vor der Aktionswoche hat sich bewährt. Die örtliche Presse hat meist ausführlich über die Aktionen in den Kreisverbänden berichtet.

Bei einigen Kreisverbänden läuft die Herbstaktion noch bis in die Weihnachtswochen bzw. werden Aktionswochen im Januar durchgeführt. Danach läßt sich erst eine abschließende Bilanz ziehen. ■

Neue Veranstaltungsformen

allen Zielgruppengespräche erfolgreicher als aufwendig geplante Großveranstaltungen. Auch neue Veranstaltungsformen (Talkshows, Streitgespräche etc.) wurden erfolgreich durchgeführt. Die Belegung der Partnerschaften zwischen Verbänden



Hat ein Jahr in Italien gearbeitet: Patrick Warnking (rechts) im Gespräch mit Moderator Philipp Baum

Tänze aus Sparta mit Erklärung der traditionellen Bedeutung. Volkstanzgruppe der „Nea Demokratia“ in Ludwigshafen ▼



Europa — Modellaktion in Ludwigshafen

Umfrage, Einladung, volles Haus

Modellaktionen haben den Nachteil, daß sie zu ungünstigen Zeiten stattfinden. Mut zum Risiko bewies daher der CDU-Kreisverband Ludwigshafen, indem er in der Vorweihnachtszeit ausprobierte, was anderen später zugute kommt: Zielgruppenansprache zum Thema Europa. Trotz politischer Nachsaison bescherte die Aktion den Ludwigshafenern ein volles Haus und einen tollen Europa-Abend.

Junge Leute und Europa. Mit einer gemeinsamen Modellaktion der Kreisverbände Ludwigshafen Stadt und Land und einer Arbeitsgruppe der CDU-Bundesgeschäftsstelle werden derzeit neue Formen der Kontaktaufnahme und Umsetzung für die Parteiarbeit getestet. Wie kann ein CDU-Kreisverband junge Leute über das Thema Europa erreichen? Seit dem 9. Dezember 1992 gibt es eine erste, sehr ermutigende Antwort.

Umfrage als Auftakt

Den Auftakt bildete eine Umfrage-Anzeige mit Verlosung in einer Ludwigshafener Stadtilustrierten. Unter dem Titel „Thema: Europa. Jetzt sind Sie gefragt!“ wurden Fragen nach ganz persönlichen Berührungspunkten mit Europa gestellt. Zahlreiche Ludwigshafener — die Hälfte davon junge Leute — beteiligten sich. Ergebnis: Die meisten haben Freunde oder Bekannte im europäischen Ausland und sprechen eine europäische Fremdsprache. Kultur und Mentalitäten, Umwelt und Lebensqualität sind die interessantesten Sachthemen. Die Mehrzahl der Teilnehmer kann sich sogar vorstellen, in der Mittelmeer-Region zu leben und zu arbeiten.

Kurzum, Europa ist bei vielen jungen Ludwigshafenern längst ein Stück Lebenswirklichkeit geworden.

Die Interessen getroffen

Umfrageteilnehmer für eine CDU-Veranstaltung gewinnen, heißt mit dem gesamten Freizeitangebot konkurrieren. Die CDU Ludwigshafen hat sogar sämtliche Weihnachtsfeiern aus dem Rennen geschlagen. Über 100 Gäste kamen in den Keller des Kolpinghauses im Stadtteil Oggersheim. Zwei Drittel davon waren Nichtmitglieder, die noch nie zuvor bei der CDU waren — die Hälfte der Gäste unter 30 Jahre.

Das erfolgreiche Konzept: Ergebnisse der Umfrage aufgreifen und in der Veranstaltung umsetzen. Gäste aus Europa — Ausländerbeirat der Stadt und Gruppe der griechischen „Nea-Demokratia“ — sowie kleine Leckereien aus Südeuropa. Als Gesprächsgast Patrick Warnking (JU), ein junger Deutscher, der eine Zeit im europäischen Ausland gelebt und gearbeitet hat. Ansprechende Dekoration und Unterhaltung durch eine griechische Volkstanzgruppe. Gruppentische, um ins Gespräch zu kommen. Ein zweistündiges Programm, das Gesprächspausen zuläßt. Ein Moderator, der nett durch den Abend führt. Kurze und persönliche Talks, statt langer Reden.

Den Gästen, die aufgrund einer persönlichen Einladung mit Antwortkarte kamen, hat es ausnahmslos gefallen. Und viele wollen im neuen Jahr mitmachen — bei der Europa-Praktikanten-Börse oder bei der CDU-Initiative „Zusammen leben, zusammen arbeiten — in Europa“. ■

Frauenpolitik im geeinten Deutschland

Bausteine für die Einheit

Die Frauen-Union der CDU hat jetzt ein erstes gemeinsames Programm der Frauen aus den alten und neuen Bundesländern vorgelegt. Sie hat die bisherige Frauenarbeit auf Stärken und Schwächen überprüft und Anforderungen für morgen klar definiert.

Frauen aus den alten und neuen Bundesländern haben daran mitgewirkt. Ihnen ist bewußt geworden, wie sehr gemeinsame und gegensätzliche Erfahrungen Überzeugungen und Denken geprägt haben und wie wichtig es ist, diese unterschiedlichen Sichtweisen und Erwartungen wechselseitig zu respektieren. Diskussionen, die in den alten Bundesländern vor Jahren geführt wurden, sind neu aufgelebt. Von beiden Seiten wurden Erfahrungen eingebracht, um zu verhindern, daß Wege begangen werden, die sich hier wie dort als falsch erwiesen haben.

Frauenpolitik im geeinten Deutschland zieht Bilanz und formuliert Ziele in zehn Kapiteln.

Das Handbuch ist zu beziehen bei:



BESTELLSCHEIN

Bitte liefern Sie mir/uns _____ Exemplare

Frauenpolitik im geeinten Deutschland

Bausteine für die Einheit

Bitte einsenden an:

Name/Anschrift

Union Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 53070
Fax (0228) 5307-1 18/1 19

Datum

Unterschrift

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Exemplar: 3,50 DM (zzgl. Versand und MwSt.)

Beschlüsse zur Europapolitik auf dem 3. Parteitag

Zusammen mit der europapolitischen Grundsatzrede des Parteivorsitzenden sind ab sofort in unserem Versandzentrum die folgenden Parteitagsbeschlüsse zur Europapolitik erhältlich:

● **Harte Währung** —
stark im gemeinsamen Markt
Bestellnummer: **3563**

● **Grenzüberschreitende**
Verbrechensbekämpfung
Bestellnummer: **3564**


● **Asylpolitik**
Bestellnummer: **3565**

● **Wie wir uns Europa denken**
Bestellnummer: **3566**


● **Gemeinsam Verantwortung**
in Europa und der Welt
wahrnehmen
Bestellnummer: **3567**

Die Broschüren enthalten auch die jeweiligen Einführungsreden.

● **Grundsatzrede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl „Wir gewinnen mit Europa“**
Bestellnummer: **3562**



HARTE WÄHRUNG STARK IM GEMEIN- SAMEN MARKT



Für alle Broschüren gilt:
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 15,60 DM

Partnerschaftstreffen der CDU-Kreisverbände Dresden und Freiburg

Im Rahmen der Partnerschaft zwischen der CDU Freiburg und der CDU Dresden fand vom 15. bis 18. Oktober 1992 bereits der dritte Besuch der Sachsen in Südbaden statt, um sich näher kennenzulernen, Gespräche zu führen und Probleme hier und dort besser verstehen zu können. Neben Besichtigungen, Weinprobe und Besuch im benachbarten französischen Städtchen Colmar stand die

Politik, insbesondere das neue Grundsatzzprogramm der CDU im Vordergrund.

Der Besuch der Dresdner Freunde war ein voller Erfolg, was nicht zuletzt der guten Vorbereitung durch den deutschlandpolitischen Arbeitskreis zu verdanken ist. Dies ist ein positives Beispiel des Zusammenwachsens der CDU in den alten und neuen Bundesländern. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr allen Lesern des UiD! Die erste
UiD-Ausgabe 1993 erscheint am 14. Januar. Die Redaktion

UiD

40/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje,
Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn,
Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:**
jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.